

Tomas Martin, November 2011

Die Aufgabe der Europäischen Zentralbank (EZB) - für ein solidarisches Europa

Eigentlich haben wir eine Krise des Vertrauens. Vertrauen in die verantwortlichen politischen Institutionen und in die Finanzmarktakteure. Dabei ist die Finanzkrise nur Teilaspekt einer dreifachen globalen Krise: die immer größer werdende soziale Kluft zwischen Arm und Reich, die sich verschärfende ökologische Krise und eine andauernde wirtschaftliche Instabilität. Die Regulierung der Finanzmärkte ist deshalb so schwer geworden, weil das globale Wirtschaften globale Probleme geschaffen hat, die durch nationalstaatliche Maßnahmen nicht zu lösen sind.

Unsere regierenden deutschen Politiker haben sich bisher blind und taub gegenüber tragfähigen Konzepten für ein Eindämmen der Finanzkrise und für eine stabile künftige Wirtschaftsstruktur der EU gestellt; sie hören leider auf die Betreiber des Finanzkasinos! Die Bundesregierung des stärksten EU-Landes, insbesondere die Kanzlerin, verfolgt eine enge Deutschland-Sicht, die weder unserem Land noch der EU-Gemeinschaft gut tut, indem sie z.B.

- auf einem riesigen Außenhandelsüberschuss beharrt, der durch Lohndumping erkaufte ist, und der zwangsläufig zu einer wachsenden Verschuldung der kleineren EU-Länder führen muss;
- Vermögen und Vermögende (Kern ihres Wahlvolkes) viel zu gering besteuert (und dadurch eine Politik aktiver Beschäftigung, ökologischer Nachhaltigkeit und Förderung der Entwicklungsländer - vor Allem in Afrika - vernachlässigt).

Zentralbanken sind Retter in höchster Not: Wenn die Verunsicherung an den Finanzmärkten so groß ist, dass Niemand mehr Kredite vergibt, springen sie ein und halten die Geldversorgung des Bankensystems aufrecht. Auf diese Weise trug die EZB im Oktober 2008 wesentlich dazu bei, nach der Lehman-Pleite eine Lawine von Bank-Insolvenzen zu verhindern. Die Staatsschuldenkrise von 2010/2011 hat ähnliche Grundmuster, aber sie löst noch größere Abwärtsspiralen aus. Aktuell heißt das: Fordern Geldgeber immer höhere Risikoprämien, können sie Staaten in die Insolvenz treiben - und damit auch deren Gläubigerbanken. Der wirksamste Schutz gegen eine solche Eskalation besteht in einer Institution, die im Ernstfall eingreift, so wie es die EZB in der Bankenkrise getan hat. Das Fehlen eines solchen Schutzes macht eine Währungsunion anfälliger für staatliche Liquiditätskrisen, die schnell von einem Land aufs andere überspringen können. Deshalb sollte Europas Zentralbank den expliziten Auftrag bekommen, den Mitgliedsstaaten in Krisenzeiten durch den Kauf von Staatspapieren die nötige Liquidität zur Verfügung zu stellen.

Um den Euro krisenfest zu machen und als kollektive Lösung für EU-Länder, die in einer Kreditklemme sind, bieten sich EU-Anleihen an, die von allen EU-Regierungen garantiert werden: Eurobonds genannt; sie können (unter Bedingungen, die noch festzulegen sind) von der EZB bezogen werden.

Diese Gemeinschaftsanleihen würden die Finanzmärkte disziplinieren, da die Zinsen von Schuldenstaaten dann begrenzt und Spekulationsattacken abgewehrt werden.

Ist die EZB für Staatsanleihen und Eurobonds überhaupt zuständig? Fachleute haben in letzter Zeit immer wieder dargestellt, dass eine länderübergreifende Institution die Finanzpolitik der Eurostaaten koordinieren und überwachen sollte; sie würde der EZB die Vorgaben machen und für ein in finanzpolitischen Fragen solidarisches Europa sorgen.